

Wir brauchen die Wirtschaftswende – für Wohlstand und Freiheit in NRW, Deutschland und Europa

Der Blick auf die wirtschaftliche Lage unseres Landes ist ernüchternd. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist seit Jahren unterdurchschnittlich, seit dem vergangenen Jahr schrumpft unsere Wirtschaft sogar – als einzige unter den G7-Staaten. Deutschland ist mittlerweile Schlusslicht im OECD-Vergleich – Spitze sind wir hingegen bei der Höhe von Steuern und Abgaben. Das ist das Ergebnis einer Vernachlässigung der ordnungspolitischen Grundsätze der freien Marktwirtschaft.

Auch der Ausblick in die Zukunft erscheint aus heutiger Sicht herausfordernd, denn unsere wirtschaftliche Substanz bröckelt. Wortwörtlich, wenn man den Zustand von Straßen, Schienen und Brücken betrachtet. Aber auch im übertragenen Sinne: Handwerksbetriebe, Mittelständler und Unternehmen leiden an einem Bürokratie-Burnout. Hinzu kommt: Fachkräfte fehlen in fast allen Regionen und Branchen. Kurzum: Deutschland verliert zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit und riskiert damit seinen Wohlstand. Gleichzeitig werden unser Wohlstand und unsere Freiheit auch von außen bedroht: Der andauernde Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der globale Machtanspruch Chinas, die mögliche Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus. Unsere Art zu leben und unser Modell zu wirtschaften sind längst nicht mehr selbstverständlich.

Nordrhein-Westfalen, einst das pulsierende wirtschaftliche Zentrum der Bundesrepublik, hat innerhalb kürzester Zeit seine Vitalität verloren. Wenn Deutschland der kranke Mann Europas ist, dann ist NRW sein krankes Herz. Die Wirtschaft in NRW ist im besonderen Maße vom Export abhängig und ist auf neue Freihandelsimpulse angewiesen. Die schwarz-grüne Landesregierung lässt jeglichen Gestaltungsanspruch vermissen. Angesichts der immer größer werdenden Herausforderungen ist das fatal. Nordrhein-Westfalen darf nicht zum Wohlstandsmuseum der Republik verkommen.

Die herausfordernde wirtschaftliche Lage unseres Landes hat nicht nur, aber auch mit politischen Entscheidungen hierzulande zu tun. Im Umkehrschluss heißt das allerdings: Die Politik hat es auch selbst in der Hand, die Probleme anzugehen und zu lösen. Denn das deutsche Wachstumsmodell ist nicht irreparabel beschädigt, wie auch der IWF bestätigt, und anderen Ländern gelingt es trotz der herausfordernden geopolitischen Lage, mit mutiger Reformpolitik Wachstum zu generieren und den eigenen Wohlstand zu steigern.

In dieser schwierigen Lage, in der es mutige politische Entscheidungen braucht, haben viele Menschen das Vertrauen in die Politik verloren. Als Ergebnis der Ära Merkel ist die deutsche Staatsquote so hoch wie nie und zugleich glauben viele Menschen nicht mehr an die Kompetenz der politisch Verantwortlichen, ihre Probleme zu lösen und den Wirtschaftsstandort fit zu machen. Das liegt auch daran, dass die Große Koalition die Menschen daran gewöhnt hat, Probleme mit Steuergeld zuzuschütten statt an deren Ursachen zu arbeiten.

Das Ergebnis der bequemen und dadurch verfehlten Wirtschaftspolitik der letzten Jahre ist: Der Glaube an das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft ist verloren gegangen. Die Menschen glauben nicht mehr daran, dass es aufwärts geht. Jüngere sehen den Lebensstandard ihrer Eltern als für sie selbst nicht mehr erreichbar an. Hieraus entsteht sozialer und politischer Sprengstoff, der nicht durch noch mehr Staatsausgaben ruhiggestellt werden kann.

Trotz einer Steigerung der Sozialausgaben von 590 Mrd. Euro im Jahr 1999 auf 1.200 Mrd. Euro 2022, trotz der unter Unionsregierung beschlossenen Mütterrente, Rente mit 63, Grundrente, Grundsicherung im Alter und Leistungsausweitungen in Kranken- und Pflegeversicherung, trotz eines Rekordanteils der Sozialausgaben im Bundeshaushalt von 46,5 Prozent ist der faire gesellschaftliche Ausgleich nach dem

Empfinden vieler Bürgerinnen und Bürger nicht gewahrt. Populisten, radikale Ansichten und rechtsextreme Haltungen haben Hochkonjunktur. Viele gesellschaftliche Debatten sind derart polarisiert, dass sich zwei Seiten unversöhnlich gegenüberstehen, unfähig oder nicht willens, Kompromisse auszuloten. Darunter leidet auch die für Demokratien so wichtige kompromissbereite und reformwillige Mitte.

Die gute Nachricht: Die gewaltigen Herausforderungen unserer Zeit sind lösbar. Mit Mut zu tiefgreifenden Reformen können wir heute die Weichen für den Wohlstand von morgen stellen. Damit das gelingt, brauchen wir die Wirtschaftswende. Nur mit einer starken, florierenden Wirtschaft können wir die Herausforderungen angehen und den gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel gestalten. Nur mit einer starken Wirtschaft können wir Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte im Inland wie im Ausland verteidigen. Und nur mit einer starken Wirtschaft sind wir in der Lage Sozialstaat, Infrastruktur, Sicherheit und Klimaschutz zu finanzieren.

Für die Wirtschaftswende in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen sind drei Dinge von entscheidender Bedeutung:

- Wir brauchen eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Dynamik und Innovationen,
- einen umfassenden Bürokratieabbau und
- die Stärkung von Bildung und Aufstiegsversprechen.

Dafür können und wollen wir in Nordrhein-Westfalen einen entscheidenden Beitrag leisten. Dies ist angesichts der erschreckenden Ambitionslosigkeit der Regierung Wüst und dem krampfhaften Reflex, bei jedem Problem nach Berlin zu zeigen, nicht nur geboten, sondern dringend notwendig.

Für die Wirtschaftswende brauchen wir Wettbewerbsfähigkeit und Innovation.

Die Rückkehr auf einen wirtschaftlichen Wachstumskurs gelingt nur mit den passenden Rahmenbedingungen. Während sich die Landesregierung mit der Großansiedlung von Microsoft schmückt, die auf eine Initiative des FDP-geführten Wirtschaftsministeriums zurückgeht, machen viele Investoren einen großen Bogen um Deutschland und NRW. Das Rekordvolumen an Auslandsinvestitionen aus Deutschland in den vergangenen drei Jahren zeigt, dass genügend privates Kapital im Markt ist, aber die Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland nicht attraktiv genug sind. Für uns Freie Demokraten ist klar: Wir brauchen eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik und eine Rückbesinnung auf die Ordnungspolitik der freien Marktwirtschaft. Staatliche Ausgabenprogramme und planwirtschaftliche Subventionierung einzelner Branchen oder Betriebe führen hingegen in höhere Defizite und letztlich höhere Steuern und Abgaben. Konkret fordern wir:

- Solide Finanzen sind die Grundlage für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Wir bekennen uns klar zur **Schuldenbremse**. Bei staatlichen Ausgaben brauchen wir eine Trendumkehr hin zu einer geringeren Staatsquote. Die Wirtschaft muss schneller wachsen als die Staatsausgaben. Die Investitionsquote öffentlicher Haushalte muss dabei steigen.
- Der Staatsapparat darf nicht weiter aufgebläht werden. Daher fordern wir einen Stellendeckel für den **öffentlichen Dienst**. Auch der öffentliche Dienst muss die Weichen stellen, um künftig mit deutlich weniger Personal auszukommen. Im demographischen Wandel darf er sich weder absolut noch relativ weiter ausdehnen. Vor diesem Hintergrund muss der Weg der Digitalisierung in der Verwaltung schneller und konsequenter vorangetrieben werden. Gerade die Chancen der künstlichen Intelligenz eröffnen die Möglichkeit, Verwaltungsabläufe künftig personell schlanker abzuwickeln.
- **Steuern und Abgaben** für Bürger und Unternehmen müssen in der Breite gesenkt werden, statt einzelne

Gruppen oder Wirtschaftszweige dauerhaft zu fördern oder zu subventionieren. Dauerhafte Subventionen, die nur auf den Erhalt eines Wirtschaftszweiges ausgerichtet sind, müssen ersatzlos gestrichen werden.

- Durch Überführung von steuerlichen Ausnahmen in Pauschalregelungen wollen wir die Besteuerung drastisch vereinfachen. Mittelfristig streben wir eine umfassende Reform der **Einkommensteuer** an.
- Für eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung wollen wir die **Körperschaftsteuer** schrittweise auf 10 Prozent senken. Als Sofortmaßnahme muss der Solidaritätszuschlag, den zum Großteil Unternehmen zahlen, umgehend abgeschafft werden.
- Langfristig wollen wir einen **einheitlichen Mehrwertsteuersatz** einführen. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz soll dabei vollständig abgeschafft und der Regelsatz aufkommensneutral gesenkt werden.
- **Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten** wollen wir weiter verbessern, indem wir auf die wirtschaftliche und nicht auf die technische Nutzungsdauer abstellen und in den Anfangsjahren hohe Abschreibungen möglich machen.
- Die **Grunderwerbsteuer** wollen wir in zwei Schritten senken. Zeitnah sollte der letzte Erhöhungsschritt in NRW von 5,0 auf 6,5 Prozent rückgängig gemacht werden, damit neue Impulse für Bauen und Wohnen entstehen. Perspektivisch streben wir eine Reduzierung auf 3,5 Prozent an, um die Baukonjunktur in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu beleben.
- Bei der **Grundsteuer** setzen wir uns auch weiterhin für ein unbürokratisches Flächenmodell ein, wie es beispielsweise in Bayern oder Hessen eingeführt wurde. Der jüngste Vorstoß von Finanzminister Marcus Optendrenk, die eigenen Versäumnisse auf Bund und Kommunen zu verlagern, überzeugt nicht. Mit dem aktuellen Optendrenk-Modell der Grundsteuer werden in NRW Gewerbegrundstücke bis zu 50 Prozent entlastet, private Inhaber aber 20 Prozent drauflegen müssen. Die Zeit, die sich die Landesregierung jetzt nimmt, um sich beim Bund für eine stärkere Differenzierung der Hebesätze bei der Grundsteuer einzusetzen, sollte für die Umsetzung einer geeigneten Landeslösung genutzt werden.
- Für wirksamen Klimaschutz ist der sektorenübergreifende und internationale **Emissionshandel** das effizienteste Mittel – und nicht unübersichtliche Einzelmaßnahmen und grüne Förderprogramme.
- Als Industrieland ist NRW in besonderer Weise auf **wettbewerbsfähige Energiepreise** angewiesen. Es ist sicherzustellen, dass jetzt und in den kommenden Jahren ausreichend Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen für den Erhalt und die Stärkung der deutschen Industrie und der Wirtschaft insgesamt bereitgestellt werden kann. Dazu sollen alle Technologien gemäß dem Grundsatz der Technologieoffenheit vorbehaltlos neu bewertet werden, inwieweit damit für die Industrie elementare Standortbedingungen wie Sicherheit in der Energieversorgung zu finanzierbaren Kosten zeitnah erfüllt werden können. Ziel muss sein, die **Abwanderung von Innovation, Entwicklung, Know-How, Produktionsprozessen zu stoppen**. Für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands muss der Fokus in der Energiepolitik zusätzlich zur Bekämpfung des Klimawandels gleichermaßen auf der Sicherheit und Stabilität der Energieversorgung und der Bezahlbarkeit von Energie liegen. Um geänderten Rahmenbedingungen aufgrund äußerer Krisen Rechnung zu tragen, muss die Energiewende entsprechend angepasst werden.
- Zur zukünftigen Standortstärkung sollen Deutschland und NRW zu einem **innovationsfreundlichen Raum ausgebaut werden**, um wieder zu einem Hub für Innovationen zu werden. Dazu soll eine nationale Innovationsstrategie erarbeitet werden, die Innovation fördert, Anreize setzt, sowie Hürden und Bürokratie abbaut. Fokus sollte dabei technologieoffen auf der gezielten Förderung von Schlüsseltechnologien liegen, wie z.B. Künstliche Intelligenz, Biotechnologie, Kernfusion und

Kernspaltungsreakorttechnologie.

- Der Hinterzimmer-Deal der schwarz-grünen Landesregierung mit RWE, der zum unnötig vorgezogenen Kohleausstieg 2030 geführt hat, hat für Unsicherheit gesorgt und muss dringend aufgeklärt werden. Der **vorzeitige Kohleausstieg in NRW ist nicht mehr zu schaffen**, weil die notwendigen Gas-Ersatzkraftwerke bis dahin nicht verfügbar sind. Stattdessen muss die Landesregierung für Verlässlichkeit, Planbarkeit und Versorgungssicherheit sorgen und den Kohleausstieg auf 2033 schieben. Ein Beitrag zur Versorgungssicherheit kann die Schiefergasförderung – auch in NRW – leisten, die zeitnah geprüft werden sollte.
- Wir sprechen uns für den **Erhalt der Chemieindustrie** in NRW und Deutschland aus. Es ist wichtig zu klären, ob es möglich ist, in NRW ausreichend erneuerbare Energie zu erzeugen, die den Fortbestand der Chemieindustrie gewährleistet. Ebenso sollte geklärt werden, zu welchem Preis diese erneuerbare Energie bereitgestellt werden kann. Falls die Produktion an erneuerbarer Energie nicht für den Fortbestand der Chemieindustrie ausreichen sollte, sollte geklärt werden, welche Energiequellen dann den Fortbestand der Chemischen Industrie sicherstellen.
- **Netzentgelte** sollen mit Mitteln des Klima- und Transformationsfonds gedeckelt werden.
- Die **Stromsteuer** muss dauerhaft und für alle gesenkt werden.
- Die Standortbedingungen für die Entwicklung und Nutzung von **Fusionstechnologien** sind in keinem anderen Bundesland so ideal wie in Nordrhein-Westfalen. Wir sind ein Energieverbrauchszenrum, verfügen absehbar über große Energieflächen und können auf ein leistungsfähiges Ökosystem aus Forschungseinrichtungen, Industrie und Universitäten zurückgreifen, das in der Lage ist, Schlüsseltechnologien für Fusionsanlagen zu entwickeln. Daher werben wir dafür, mit geeigneten Projekten einen möglichst großen Teil der Fördermittel des Bundes in Höhe von 1 Milliarde Euro nach NRW zu holen.
- Das **Gründungsklima** in NRW hat seit der Regierungsübernahme Schwarz-Grün an Dynamik verloren. Die Landesregierung kann sich nicht allein auf den Erfolge und Initiativen des FDP-Wirtschaftsministeriums unter Andreas Pinkwart ausruhen, sondern muss neue Impulse setzen. Das von der FDP neu eingeführte Schulfach Wirtschaft muss weiter gestärkt werden. Die Themen Unternehmensgründungen, unternehmerisches Handeln und Start-ups müssen im Unterricht einen größeren Stellenwert einnehmen, um für mehr Pionier- und Unternehmergeist zu werben und Schülerinnen und Schüler zu ermutigen, ihre Ideen und Visionen in die Tat umzusetzen. Die hierzu von der Vorgänger-Landesregierung neu geschaffenen Lehrpläne bieten dafür schon heute eine gute Grundlage. Es fehlt jedoch an einer konsequenten Umsetzung dieser Lehrpläne durch die schwarz-grüne Landesregierung. Darüber hinaus muss es möglich sein, in NRW innerhalb von 24 Stunden ein Unternehmen zu gründen. Wir fordern zudem einen landeseigenen Fonds für Innovations- und Risikokapital, der ausschließlich privat verwaltet wird. Für junge und besonders forschungsintensive Unternehmen wollen wir bürokratiearme Freiheitszonen schaffen. Wir werben außerdem für ein gemeinsames Innovationscluster von Mittelstand und Start-ups.
- **Für zukunftssträchtige Technologien brauchen wir Anreize durch einen starken Patentschutz.** Hierzu muss Rechtssicherheit im Bereich geistige Eigentumsrechte, z.B. im Bereich Biotechnologie (Genschere) und KI-Technologie hergestellt und Patentschutz ermöglicht werden.
- Wir wollen legale Migration in den Arbeitsmarkt als konkrete Maßnahme gegen den **Fachkräftemangel** ermöglichen. Die Visa-Bearbeitungszeiten für arbeitsmarktbezogenen Einwanderung müssen daher drastisch beschleunigt werden. Visa-Anträge von Bewerberinnen und Bewerbern, die einen Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen vorlegen können, sollen nach Ablauf einer Frist automatisch als genehmigt gelten. Beim Werben um ausländische Fachkräfte brauchen wir

serviceorientierte Behörden, die sich ihrer Rolle als Aushängeschild Deutschlands beim Werben um ausländische Fachkräfte bewusst sind.

- Wir fordern zudem, bei den für die Erwerbseinwanderung zuständigen Behörden, **Englisch bundesweit als Arbeitssprache** einzuführen. Die Antragstellung und Bearbeitung von Visa und sonstigen Anträgen bei der Einwanderung in den Arbeitsmarkt soll so weit wie möglich auf Bundesebene zentralisiert werden, zum Beispiel bei der Bundesagentur für Arbeit. Dies entlastet die Kommunen und sorgt für mehr Klarheit in Fragen von Zuständigkeiten und Prozessen. Englische Originaldokumente müssen akzeptiert und bearbeitet werden.
- Nach niederländischem Vorbild wollen wir **Unternehmen staatlich zertifizieren**, damit sie den Einwanderungsprozess von ausländischen Arbeitnehmern proaktiv begleiten können. Diese Unternehmen sollen das Einwanderungsverfahren selbständig übernehmen können, während die Behörden nur noch in der Beratung und Kontrolle sowie als Ansprechpartner für Einwanderungsinteressierte und Unternehmen eingebunden werden müssen.
- Wir wollen nach französischem Vorbild ein vereinfachtes, auf das Tech-Ökosystem zugeschnittenes **Tech-Visum** für internationale Tech-Talente einführen. Weiterhin kann ein neues Gründungs-Visum ein Instrument sein, um Deutschland für Selbstständige und Gründer attraktiver zu machen.
- Streiken ist gut geübte Praxis der sozialen Marktwirtschaft und wichtiger Bestandteil der Tarifautonomie. Daher bedarf es keiner grundsätzlichen Beschränkung des Rechts auf Streik. Bei **Streiks**, die die kritische Infrastruktur betreffen, müssen Maß und Mitte gewahrt sein. Daher müssen - nach dem Vorbild europäischer Nachbarn - rechtliche Rahmenbedingungen für das Streiken in Bereichen der kritischen Infrastruktur gesetzt werden. Ebenso wäre eine Vorgabe denkbar, dass auch in Streikzeiten ein relativer Anteil des Angebots aufrechterhalten werden muss.

Für die Wirtschaftswende brauchen wir einen unkomplizierten und funktionierenden Staat.

In der öffentlichen Verwaltung, bei Planungs- und Genehmigungsverfahren, bei Verteilung von Geldern zwischen den staatlichen Ebenen, bei der Digitalisierung: An zu vielen Stellen blockieren wir uns selbst. Für uns Freie Demokraten ist klar: Die Wirtschaftswende gelingt nur mit einem schlanken, unkomplizierten und funktionierenden Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, den Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität folgt und bürokratische Hürden konsequent abbaut. Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann hat in seinem Verantwortungsbereich bereits entscheidende Schritte eingeleitet. Diese Anstrengung muss auf allen staatlichen Ebenen Nachahmung finden. Konkret fordern wir:

- Die **Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen** wollen wir grundlegend neu ordnen. Jede staatliche Ebene soll möglichst autark für sich entscheiden können, was sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bewirken möchte. Für die Reform der staatlichen Finanzbeziehungen soll der Grundsatz gelten: Das Geld folgt den Aufgaben.
- Die Prinzipien der **Subsidiarität** und der **Verhältnismäßigkeit** müssen für alle staatlichen Ebenen, insbesondere aber für die Ebene der Europäischen Union gelten. Die EU muss das Leben der Menschen einfacher machen und sich auf die großen Fragen konzentrieren statt Details zu regeln. Nur so findet die großartige europäische Idee dauerhaft Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Für die Bundes- und Landesebene gilt: Die Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales bzw. Landesrecht muss ohne zusätzliche Bürokratie erfolgen.
- Wir wollen den Bürokratie-Burnout, unter dem Betriebe und Unternehmen leiden, wirksam behandeln. Dafür brauchen wir ein mehrjähriges **Belastungsmoratorium** und den Mut, unsere gesetzten Standards

einer grundsätzlichen Evaluation zu unterziehen. Denn: Über Jahre sind immer neue Vorgaben und Vorschriften hinzugekommen, die kaum jemand überblickt und die sich teilweise sogar widersprechen. Bedauerlicherweise hat die Landesregierung noch keine einzige Maßnahme zum Bürokratieabbau im Landesrecht umgesetzt. Wir fordern die Landesregierung auf, nach Vorbild des Bundesjustizministeriums einen Verbändedialog mit einer umfassenden Abfrage zu starten, um bürokratische Entlastungspotenziale zu identifizieren und zu beseitigen.

- Wir fordern ein **Recht auf digitale Verwaltungsleistungen** sowie einen Rechtsanspruch auf das **Once-Only-Prinzip**. Bürgerinnen und Bürger sollen bestimmte Daten der öffentlichen Verwaltung nur noch einmal und nicht jeder Behörde einzeln mitteilen müssen. Das Datenschutzrecht wollen wir für das Once-Only-Prinzip einem entsprechenden Update unterziehen.
- Für jeden **Genehmigungsvorbehalt** des Staates muss ab sofort gelten: Nach Ablauf einer entsprechenden Frist gelten Anträge bei Behörden, egal ob von Bürgern oder Unternehmen, als genehmigt.
- Sämtliche Digitalisierungs-, Standardisierungs- und Automatisierungspotenziale bei Verwaltungsleistungen sind zu heben, um **Verwaltungsprozesse** radikal zu vereinfachen und Verwaltungsbeschäftigte zu entlasten. Dort, wo diese Potenziale ausgeschöpft sind, müssen bedarfsgerecht und gezielt Fachkräfte gewonnen werden.
- Synchronisierung der Daten: **Doppelte und dreifache Datenabfragendurch** verschiedene Stellen sollen durch die Digitalisierung und Modernisierung von Registern entfallen (Abfrage über Bürger und Unternehmer-ID). Auch die Berichts- und Statistikpflichten gegenüber dem Statistischem Landesamt sollten reduziert werden.
- Es sollen diejenigen **Verwaltungsleistungen** prioritär digitalisiert werden, die am häufigsten von Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen werden. Dies erhöht die Akzeptanz und steigert die Digitalisierungsdividende. Gleiches muss auch für unternehmensbezogene Verwaltungsleistungen gelten.
- Für alle **Digitalisierungsmaßnahmen** sollen Praxislabore auf der Ebene der zentralen Digitalisierungsbehörde des Landes eingeführt werden: Diese Experimentierräume sollen die Möglichkeit bieten, Dienstleistungen der Verwaltung schon frühzeitig und in engem Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen im Praxischeck zu entwickeln.
- Im Planungs- und Baurecht braucht es grundsätzlich mehr **Genehmigungsfiktionen** mit kurzen Fristen und mehr Anzeige- statt Genehmigungspflichten. Planen, Bauen und Genehmigungen müssen zeitgleich möglich sein.
- Effektivere Gerichtsverfahren, Reduzierungen von Verbandsklagemöglichkeiten und Umweltverträglichkeitsprüfungen bei kleineren Vorhaben, denn dadurch können Planungs- und Genehmigungsprozesse optimiert werden.
- Für Industrieanlagen, insbesondere Windenergieanlagen, sind bundesweite Standards zu etablieren, die sogenannte „**Typengenehmigungen**“ ermöglichen. Das Planungs- und Baurecht ist so anzupassen, dass für standardisierte Anlagen einzelne baurechtliche Genehmigungen überflüssig werden.
- Wir fordern die Einführung eines digitalen **Fachplanungsportals**, das Planer, Projektierer und Genehmigungsbehörden miteinander kommunizieren und arbeiten lässt.
- Wir wollen einen **Beschleunigungs-Hub** für eilbedürftige Infrastrukturen und Genehmigungsvorhaben in jedem Regierungsbezirk einrichten. Diese Hubs müssen ausreichend personell ausgestattet sein und auf externe Unterstützung wie Planungsbüros oder Rechtsanwaltskanzleien zugreifen können.

- Sämtliche **Ausschreibungsverfahren** müssen zukünftig schneller und mit weniger Aufwand abgewickelt werden können. Wir fordern eine massive Vereinfachung des Vergaberechts auf Ebene von Bund und Ländern. Die Aufladung der Vergabekriterien mit fachfremden Umwelt- und Sozialstandards, zu geringe Schwellenwerte für Direktvergaben und überzogene Nachweis-, Eigenerklärungs- und Eignungsanforderungen verkomplizieren die Verfahren. Ebenso sind Tariftreueverpflichtungen in den Ländern zu streichen und im Bund ist auf eine Einführung zu verzichten.
- Zahlreiche Regelungen im Umweltbereich stammen noch aus rot-grüner Regierungszeit und sind mittlerweile längst von Bundes- oder EU-Recht überholt. Wir fordern eine umfassende Initiative für den Abbau von unnötiger **Umwelt-Bürokratie**. Übermäßige Umweltvorgaben „Made in NRW“ müssen 1:1 auf das Niveau von Bundes- und EU-Recht zurückgeführt werden.
- Gemeinsam mit der IT-Wirtschaft soll mit Hilfe einer **IT-Verwaltungscloud** die heterogene IT-Landschaft der Verwaltungen in Nordrhein-Westfalen konsolidiert werden. In diesem Zusammenhang ist es auch erforderlich, dass alle Gesetze von Bund und Land, die von Kommunen umgesetzt werden, eine Ausführungsverordnung für IT-Schnittstellen enthalten.

Für die Wirtschaftswende brauchen wir Aufstiegschancen und beste Bildung.

Die vor uns liegenden Herausforderungen erfordern enorme gesellschaftliche und politische Anstrengungen. Für uns Freie Demokraten ist klar: Damit die Wirtschaftswende gelingt, brauchen wir auch einen Mentalitätswandel in unserem Land. Zu lange haben wir von der Substanz gelebt und uns auf unseren Erfolgen ausgeruht. Die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen wir aber nicht im Ruhemodus. Wir brauchen eine Erneuerung des Aufstiegsversprechens und des Leistungsprinzips. Wir wollen Anreize schaffen für all diejenigen, die mit anpacken und etwas erreichen wollen. Konkret fordern wir:

- Das **Startchancen-Programm** des Bundes, das auf das in Nordrhein-Westfalen unter Führung der FDP entwickelte Konzept der Talentschulen zurückgeht, ist ein großer Gewinn für viele Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung muss nun die operative Umsetzung vorantreiben und möglichst viele eigene Mittel einbringen, damit das Programm zu einem echten Erfolg wird.
- Beste Bildung für Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen braucht hohe Qualitätsstandards für **Offene Ganztagschulen (OGS)**. Dass die Landesregierung es trotz Ankündigung im Koalitionsvertrag bisher nicht geschafft, den entsprechenden Rechtsanspruch in einem Gesetz zu verankern, ist ein echtes Armutszeugnis und stößt bei den Verbänden aus Schule, Jugendhilfe und Kommunen zurecht auf scharfe Kritik. Schwarz-Grün muss handeln: Denn OGS schaffen nicht nur Bildungschancen für alle Kinder im Land, sie sind auch ein wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In der aktuellen wirtschaftlichen Lage können wir es uns nicht leisten, dass Eltern unfreiwillig ihre Arbeitszeit reduzieren, weil es keine Betreuung für ihre Kinder gibt.
- Um das Leistungsprinzip zu stärken, Erwerbsanreize zu erhöhen und Unterstützung bedarfsgerecht gewähren zu können, müssen wir den **Sozialstaat** treffsicherer machen. Denn obwohl jeder dritte Euro des Bundeshaushalts für Soziales ausgegeben wird, gelingt sozialer Aufstieg in unserem Land immer noch zu selten. Das Lohnabstandsgebot muss bei allen sozialpolitischen Maßnahmen wieder stärker berücksichtigt werden. Gleiches gilt auch für die Prinzipien der Selbstvorsorge, der Eigenbeteiligung sowie der Subsidiarität. Es muss einen klaren Unterschied machen, ob jemand Verantwortung für das eigene Leben übernimmt, sich aktiv um einen Job bemüht und Vorsorge trifft. Wir müssen die berechnete Hoffnung auf sozialen Aufstieg wiederbeleben und Menschen mit einer echten Perspektive, mit Anreizen und Unterstützung Wege aus dem Leistungsbezug ebnen.
- Die **Sozialausgaben** des Staates müssen dauerhaft auf maximal 30 Prozent begrenzt werden. Zum

Schutz der jüngeren Generation müssen die konsumtiven Leistungen des Staats dauerhaft aus den jeweiligen Einnahmen bestritten werden können und dürfen nicht über Schulden finanziert werden.

- Wir setzen uns dafür ein, unsere **sozialen Sicherungssysteme** einfacher, bürokratieärmer und kosteneffizienter auszugestalten. Das vielschichtige und verwobene Geflecht von Sozialleistungen wollen wir reduzieren, indem wir Sozialleistungen bündeln, pauschalieren und automatisieren. Nach Geburt eines Kindes muss sich eine durchschnittliche Familie an vier Behörden wenden, um fünf Leistungen zu beantragen. Das bindet unnötig Ressourcen bei allen Beteiligten. Für alle Leistungsberechtigten muss in Zukunft das Once-Only-Prinzip im Mittelpunkt stehen. Sämtliche Digitalisierungspotentiale für eine effiziente Sozialverwaltung müssen gehoben werden.
- Wir setzen uns auch weiterhin für eine unbürokratische, faire und chancenorientierte Grundsicherung ein. Das **Bürgergeld** hat nach seiner Einführung an vielen Stellen für Kritik gesorgt und benötigt konkrete und wirksame Nachbesserungen, insbesondere mit Blick auf die Frage, ob Leistung und Arbeitsaufnahme ausreichend stark gefördert und angereizt werden. Wir wollen es mehr Menschen ermöglichen, sich nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren und von staatlicher Hilfe unabhängig zu werden. Wir wollen die Berechnungsmethode des Bürgergelds auf den Prüfstand stellen und weiterentwickeln. Mit Blick auf die jüngste Erhöhung des Bürgergelds erwarten wir für das kommende Jahr eine Nullrunde. Die Transferentzugsraten wollen wir senken, um die Aufnahme von regulärer Beschäftigung zu fördern.
- **Sozialstandsmoratorium:** Im Zuge der Forderungen, dass die Sozialausgaben nicht stärker wachsen sollen als die Wirtschaft, setzen wir Freien Demokraten dafür ein, dass die **Wohngeld-Plus-Sätze nicht mit den Mieten steigen:** Wo Ermessensspielraum besteht, sollte das Bestreben sein, dass diese nicht weiter angehoben werden. Durch das Wohngeld ist insbesondere in den Großstädten die Grenzbelastung bei einer Gehaltserhöhung oder einer Erhöhung der Familienarbeitszeit sehr nahe an 100%.
- Die Jobcenter sollten incentiviert werden, **mehr Bürgergeldbezieher zu vermitteln.** Das Land NRW könnte beispielsweise eine Ehrung für besonders verdiente Mitarbeiter vornehmen.
- Beim von Arbeitsminister Heil vorgelegten **Rentenkonzept** sehen wir insbesondere mit Blick auf die Generationengerechtigkeit erheblichen Nachholbedarf. Die Einführung des **Generationenkapitals** ist ein echter Fortschritt für unser Rentensystem, kann aber nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Das Generationenkapital muss in Richtung einer echten Aktienrente nach schwedischem Vorbild weiterentwickelt werden. Kurzfristig muss die Kenngröße des Rentenniveaus an die steigende Renteneintrittsalter und damit an die aktuelle Gesetzeslage angepasst werden.
- Statt der starren Regelaltersgrenze wollen wir eine echte **Flexibilisierung des Renteneintrittsalters.** Die Erfahrungen aus Schweden zeigen, dass damit letztendlich mehr Menschen freiwillig länger im Erwerbsleben bleiben. Dementsprechend fordern wir den sofortigen Ausstieg aus der **Rente mit 63**, die den Bund pro Monat 3 Milliarden Euro kostet und den Mangel an Fachkräften am Arbeitsmarkt weiter verschärft.
- Um unseren Wohlstand auch in Zukunft zu halten, müssen wir deutlich mehr als weniger arbeiten. Debatten über eine Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich gehen in die falsche Richtung und sind Ausdruck einer gefährlichen Realitätsverweigerung. Wir brauchen stattdessen Anreize für all diejenigen, die länger arbeiten möchten, beispielsweise mit **steuerlichen Erleichterungen für Überstunden.** Die Einführung von **Lebensarbeitszeitkonten** bei Land und Kommunen stellen ebenfalls einen Anreiz dar, mehr Arbeitsstunden zu leisten.
- Wir wollen das **Arbeitszeitgesetz** endlich an die Entwicklungen bei Home Office, Digitalisierung und Individualisierung anpassen und stärker flexibilisieren. Entsprechend der europäischen Richtlinie

fordern wir eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit. Niemand soll weniger Pausen machen oder mehr arbeiten als bisher, aber die Einteilung der Arbeitszeit muss flexibler möglich sein. Dazu gehört auch, dass wir die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung auf das notwendige Maß begrenzen wollen. Insbesondere in kreativen Berufen entspricht eine Arbeitszeiterfassung nicht der Arbeitswirklichkeit.